

http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Vermischtes/455996/Bahnlaerm-soll-gemessen-werden.html

Diskussion um "Oldenburger Kurve" in Bremen - 01.10.2011

Bahnlärm soll gemessen werden

Von Liane Janz

Bremen. In die Diskussion um den Ausbau der Oldenburger Kurve kommt Bewegung. Bürgerschaftsabgeordnete, Beiräte und Bahnlärm-Initiative wollen gemeinsam Bahn und Bund zu mehr Schutz der Bürger bewegen. Darauf einigten sich die umwelt- und verkehrspolitischen Sprecher von SPD und Grünen bei einer Diskussion im Ortsamt Mitte. Die Bremer Bahnlärm-Initiative (BIB) hatte dazu eingeladen.

Empfehlen

0



© Jochen Stoss

Der Ausbau der Oldenburger Kurve steht in der Kritik.

Mit dabei: Ralf Saxe, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen, Maike Schäfer, umweltpolitische Sprecherin der Grünen, sowie Wolfgang Jaegers, verkehrspolitischer Sprecher der SPD, Arno Gottschalk, umweltpolitischer Sprecher der SPD, und Manfred Oppermann, Fachsprecher der SPD für den Petitionsausschuss.

Die Bahn möchte nahe dem Hauptbahnhof ein zweites Gleis Richtung Oldenburg verlegen, um den Güterverkehr vom und zum Jade Weser Port in Wilhelmshaven auszubauen. Nach Aussage von Arno Gottschalk würden dann Güterzüge im Sechs-Minuten-Takt durch Bremen brettern.

Manfred Oppermann teilte mit, die Bahn hätte zugesagt, zwischen Breitenweg und Doventorsteinweg Lärmschutzwände aufzustellen. Die Suche nach einer Umgehungstrasse werde zudem "gutachterlich vorbereitet". Ergebnisse könnten 2012 vorliegen. Mittel für flächendeckenden Lärmschutz müssten vom Bund kommen.

Angesichts der Streichliste des Bundesverkehrsministers hält Maike Schäfer mehr Mittel vom Bund für unrealistisch. Man müsse viel mehr bei der Gesetzgebung ansetzen und das Bundesimmissionschutzgesetz anpassen. Das stamme noch aus den 1970er-Jahren und sei überholt.

Ralf Saxe regte an, an den Verkauf des Grundstücks für das Gleis, das der Stadt

gehört, Bedingungen für mehr Lärmschutz zu knüpfen. "Das Grundstück eignet sich nicht als Druckmittel. Das könnte eskalieren", sagte Wolfgang Jaegers und brachte eine mögliche Enteignung ins Gespräch - ein Szenario, auf das es die Grünen ankommen lassen würden.

Einig waren sich die Diskutanten darüber, dass der Lärm an der Quelle bekämpft werden müsse. Das betrifft die Qualität der Schienen und der Güterwagen. Dafür sind die Bahn und Eisenbahnunternehmen zuständig. Außerdem solle die tatsächliche Lärmbelastung für die Anwohner endlich nachgemessen werden. Bislang wurden die Dezibelwerte immer nur errechnet.